

**Vorabprotokoll gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GO Abghs**  
**Vorläufiger Text, von den Rednerinnen/Rednern nicht durchgesehen!**

wieder verschwinden, sodass bis zum Ende der Bauarbeiten am Ostkreuz dort auch die Menschen die Fahrbahn nicht mehr unter Lebensgefahr überqueren müssen?

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Herr Senator Müller, bitte sehr!

**Bürgermeister Michael Müller** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete! Ich habe den Bericht nicht gesehen, aber der Vorgang insgesamt ist natürlich bekannt, weil wir wissen, dass da eine Gefahrenstelle ist. Wenn die Arbeiten an der Straße abgeschlossen sind, wird es da eine Ampel und eine entsprechende Installation geben. Das ist völlig selbstverständlich, aber es macht keinen Sinn, es während dieser Bautätigkeiten immer wieder zu machen und verändern zu müssen. Also der Vorgang ist bekannt. Ich glaube, es gibt dazu auch eine Kleine Anfrage, wo wir das beantwortet haben. Wir werden das auch entsprechend umsetzen.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank! – Haben Sie eine Nachfrage, Frau Burkert-Eulitz? – Bitte sehr!

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE):

Genau. – Da gehen jeden Tag Tausende von Menschen über die Straße, und wenn dort irgendwelche Firmen arbeiten, dann wird eine provisorische Ampel aufgebaut. Wenn sie fertig sind, wird sie wieder abgebaut. Die Forderung ist einfach nur die, –

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Sie müssten bitte zu Ihrer Nachfrage kommen!

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE):

dass es während der gesamten Bauarbeiten eine Ampel gibt. Und ich frage Sie, ob Sie mit ihrer Verkehrslenkung dafür Sorge tragen können, dass dort während der gesamten Bauarbeiten eine flexible Ampel steht, die nicht immer wieder abgebaut wird.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Herr Senator Müller!

**Bürgermeister Michael Müller** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete! Ich sage ja, uns ist das Thema bekannt. Wir werden jetzt Ihre Nachfrage noch einmal zum Anlass nehmen, um zu prüfen, ob man da etwas organisieren kann, aber es ist während der Arbeiten wirklich nicht so einfach, das so zu installieren, wie Sie sich das vorstellen. Ich sage Ihnen zu, wir gucken uns den Vorgang noch einmal an.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank!

Die nächste Möglichkeit zu einer Frage hat die Abgeordnete Frau Bangert. – Bitte sehr!

**Sabine Bangert** (GRÜNE):

Ja, ich habe eine Frage an den Regierenden Bürgermeister. Herr Regierender Bürgermeister und Kultursenator! Teilen Sie die von Staatssekretär Schmitz in einem „BZ“-Interview gemachte Aussage, dass die freie Szene in Berlin mit einer Förderung von insgesamt 10 Millionen Euro gut bedient ist und dass angesichts dieser Situation die Arbeitsbedingungen der Kunst- und Kulturschaffenden so katastrophal nicht sein kann?

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Herr Regierender Bürgermeister und Kultursenator, bitte!

**Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:**

Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete! Diese Aussage teile ich nicht, weil die Förderung für die freie Kulturszene weit höher ist, nämlich bei über 26 Millionen.

[Lachen von Christopher Lauer (PIRATEN)]

Es kommt der nicht unerhebliche Lottopotf dazu, der Ihnen zwar immer ein Dorn im Auge ist, aber der freien Szene sehr stark zugutekommt. Es kommt der Hauptstadtkulturfonds dazu, sodass – Gott sei Dank! – erhebliche Mittel in die freie Szene investiert werden.

Ich kann natürlich nachvollziehen, dass Vertreterinnen und Vertreter der freien Szene bessere Arbeitsbedingungen für sich selbst fordern bis hin zu Vergütungen für Ausstellungen usw. usf., dass natürlich auch gefordert wird, dass die entsprechenden Förderungen erhöht werden. Dies ist Teil der Haushaltsberatungen, die dieses Parlament auch auf Grundlage des Vorentwurfs des Senats hier zu leisten hat. Wir wissen, dass in anderen Bereichen natürlich auch Forderungen gestellt werden. Das ist völlig klar. Dies muss miteinander abgewogen werden.

**Vorabprotokoll gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GO Abghs  
Vorläufiger Text, von den Rednerinnen/Rednern nicht durchgesehen!**

Wir haben vonseiten des Senats im letzten Jahr die Mittel für die freie Szene, auch für die Fördertöpfe, kräftig erhöht. Als Kultursenator sage ich, wenn wir mehr Kapazitäten hätten, würden wir gerne auch in diesen Bereich investieren.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Haben Sie eine Nachfrage, Frau Bangert? – Bitte sehr!

**Sabine Bangert (GRÜNE):**

Soll die freie Szene adäquat von Einnahmen aus der City-Tax profitieren, und wenn ja, in welcher Höhe?

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Bitte sehr!

**Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:**

Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete! Das Schöne ist, dass die City-Tax noch gar nicht beschlossen ist, die Einnahmen überhaupt nicht erzielt worden sind und auch keiner weiß, wie hoch sie sein werden, aber sie mindestens schon vier Mal verteilt worden sind. Das ist eine schöne Komponente.

[Zurufe von Christopher Lauer (PIRATEN) und  
Sabine Bangert (GRÜNE)]

Der Senat ist der Auffassung, dass hoffentlich bald, in diesem Parlament diese City-Tax beschlossen wird, damit sie erhoben werden kann.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Sie sind auch  
noch Bürgermeister!]

Dann hat der Senat beschlossen, – obwohl das keinen direkten Zusammenhang hat, das müssen Sie auch wissen, es gibt ja keinen Automatismus – und die feste Absicht hat, in seinen Haushaltsplanentwürfen 50 Prozent der Einnahmen wieder zu investieren in die Förderung von touristischer Infrastruktur, für die kulturelle Nutzung und für sportpolitische Zwecke. Dementsprechend wird dann rechtzeitig ein Vorschlag dazu gemacht werden, wie das Geld verteilt wird. Ich warne allerdings davor, das ist meine feste Überzeugung, zu denken, dass daraus eine institutionelle Förderung entstehen kann, sondern der Sinn, wenn er so akzeptiert wird – das ist nachher Ihre Entscheidung –, ist, dass da Projekte finanziert werden, auch einmalige Projekte, Infrastruktur geschaffen wird und natürlich das im Zusammenhang dann auch mit der Förderung des Tourismus steht. Deshalb kann ich heute nicht sagen, welche Institutionen oder Einzelgruppen davon profitieren würden. Selbstverständlich ist beim Thema Kultur, wenn da Mittel zur Verfügung gestellt werden – ich gehe fest davon aus, ich werde auch dafür

kämpfen –, der Bereich der freien Szene auch einer der Bereiche, die davon profitieren würden, ohne Frage. Die Forderungen, die da allerdings gestellt werden, in der Größenordnung von 18 Millionen Euro, alleine für den Bereich, lassen sich in der Tat nicht erfüllen.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank! – Die Fragestunde ist damit für heute beendet.

Wir kommen nun zur

**lfd. Nr. 3:**

**Aktuelle Stunde**

gemäß § 52 der Geschäftsordnung  
des Abgeordnetenhauses von Berlin

**Berlin wird seiner Verantwortung gerecht:  
Grundgesetzliches Recht auf Schutz und Asyl fair,  
sicher und schnell umsetzen!**

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

in Verbindung mit

**lfd. Nr. 40 B:**

**Gemeinsam wird Berlin seiner Verantwortung  
gerecht: Recht auf Asyl und Schutz vor  
Verfolgung und Krieg**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der  
Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen, der Fraktion Die Linke und der  
Piratenfraktion  
Drucksache [17/1140](#)

Der Dringlichkeit wird, davon gehe ich jetzt aus, nicht widersprochen, oder irre ich mich da? – Nein, gut! Für die Besprechung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redebeiträge aufgeteilt werden kann. Es beginnt die Fraktion der SPD. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Radziwill. – Bitte sehr!

**Ülker Radziwill (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Flüchtlinge sind in Berlin willkommen. Wir bekennen uns klar zum grundgesetzlich verbrieften Recht auf Asyl, und für meine Fraktion verurteile ich ganz klar die rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Umtriebe vor der Sammelunterkunft in Marzahn-Hellersdorf, aber auch vor jeder anderen. Rechtes Gedankengut hat in dieser Stadt keinen Platz und schon gar nicht vor den Einrichtungen von Flüchtlingen.

[Allgemeiner Beifall]